

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Das wirtschaftspolitisch Machbare

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1980) : Das wirtschaftspolitisch Machbare, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 12, pp. 574-575

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135503>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Das wirtschaftspolitisch Machbare

Je mehr sich das Jahresende nähert, desto häufiger ist die Neigung anzutreffen, bisherige Prognosen für das Jahr 1981 nach unten zu revidieren. Eine Ausnahme machte das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, das etwas optimistischer ausfiel als die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, die zum Ergebnis „Nullwachstum“ gekommen war. Doch der Tendenz des Sachverständigenrates mag offenbar niemand folgen. In der Tat muß man heute überlegen, ob nicht die Erwartungen nach unten korrigiert werden müssen. Jedenfalls hat das Gewicht der Risiken, die schon im Gemeinschaftsgutachten der Forschungsinstitute betont worden waren, inzwischen noch zugenommen.

Dies gilt einmal für die Entwicklung am Ölmarkt. Ein Ende des Krieges zwischen Iran und Irak ist nicht abzusehen. Mit Besorgnis muß registriert werden, wie die Preise an den Spotmärkten gestiegen sind; angesichts der politischen Unsicherheiten wird verständlicherweise nur ungern auf die vielzitierten hohen Vorräte zurückgegriffen. Hohe Spotpreise aber reizen zur Erhöhung der offiziellen OPEC-Preise. So ist denn die Erwartung einer nur sehr mäßigen Ölpreiserhöhung im kommenden Jahr fragwürdiger geworden. Zum anderen gibt es Zweifel, ob die Zinsen in anderen Ländern so rasch gesenkt werden, wie es noch vor einiger Zeit erwartet wurde; das verschlechtert die Aussichten auf einen baldigen Zinsrückgang im Inland. Irritierend wirken nicht nur Ausmaß und Dauer des erneuten Zinsauftriebs in den USA, sondern auch die enttäuschend geringen Stabilisierungsfortschritte in einer Reihe wichtiger Länder. Unter diesen Umständen könnte sich auch eine ungünstigere Einschätzung der Aussichten für die Weltkonjunktur als erforderlich erweisen. Dies alles muß nicht eintreten. Aber das Risiko, daß es eintritt, erscheint heute größer als noch vor einiger Zeit.

Wegen der erhöhten äußeren Risiken ist es um so notwendiger, Fehler im eigenen Land zu vermeiden. Es kann nicht ungestraft ignoriert werden, daß in der Finanzpolitik weder auf der Ausgaben- noch auf der Einnahmenseite nennenswerter Spielraum besteht und daß sich für die Lohnpolitik aus der Perspektive des Nullwachstums die Notwendigkeit zu großer Zurückhaltung ergibt. Umgekehrt liegt die Gefahr bei der Geldpolitik eher in der Unterschätzung des Spielraums. Die Konsequenzen, die eine Auflockerung für den Wechselkurs der D-Mark hätte, werden von der Bundesbank wohl allzu gravierend eingeschätzt. Ob das gesamtwirtschaftlich Notwendige auch konsensfähig sein wird, muß sich erst erweisen. Zuversicht erlauben jedoch Äußerungen aus den verschiedenen sozialen Gruppen, die eine realistische Einschätzung erkennen lassen. Kaum jemand hat die Vorstellung, die Probleme könnten durch eine massive Ankurbelungspolitik gelöst werden. Ausnahmen wie die „20-Milliarden-Alternative“ bestätigen eher die Regel. Es wäre wünschenswert, wenn das – vorherrschende – Umdenken nicht nur auf der vordergründigen Einsicht beruhte, daß der Staat kein Geld hat. Denn das Problem liegt tiefer. Große Konjunkturprogramme könnten angesichts der desolaten öffentlichen Finanzen das Vertrauen des Bürgers in die künf-

tige Entwicklung so untergraben, daß sie entweder gar nicht erst oder nur sehr kurzfristig wirken würden.

Es ist ein Aktivum von großem Wert, daß es keine Illusionen über das wirtschaftspolitisch Machbare zu geben scheint. Ein weiteres ist die „Windstille“ nach eben überstandener Bundestagswahl. Beides zusammen eröffnete die seltene Chance, Wirtschaftspolitik nicht mit dem Ziel kurzfristig erreichbarer – und damit oft kurzlebiger – Erfolge betreiben zu müssen. Vielmehr war es nun möglich, eine Strategie zu verfolgen, die erst auf mittlere Sicht Erfolge verspricht. Ein wichtiger Teil dieser Strategie ist die Wiederherstellung eines ausreichenden finanzpolitischen Handlungsspielraums und zugleich eines Klimas sicherer Erwartungen der Bürger über künftige Belastungen. Der Weg führt unvermeidlich über die Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Koalitionspartner in Bonn haben die Gunst der Stunde hier recht sparsam genutzt. Ob ihre Beschlüsse ausreichen, bleibt abzuwarten.

Neben der Scheu, überzeugende Weichenstellungen für die Entwicklung auf mittlere Sicht vorzunehmen, gibt es aber auch die Neigung zum kurzfristigen Überziehen. Es besteht die Gefahr, daß allzu starkes Gewicht auf sofort wirkende Sparmaßnahmen gelegt wird. Das Jahr 1981 mit seiner schwachen und zudem labilen Konjunktorentwicklung ist nun einmal nicht geeignet für eine rigorose Sparpolitik. Die Haushaltspläne der Gebietskörperschaften sehen insgesamt relativ geringe Mehrausgaben vor. Jetzt mußte die Steuerschätzung erneut nach unten korrigiert werden. Dies kann nicht durch entsprechende Abstriche bei den Ausgaben kompensiert werden, ohne die Konjunktur zusätzlich zu schwächen und damit das Steueraufkommen weiter zu verringern. Das gilt um so mehr, als sich schon wieder bestätigt hat, daß Abstriche vorzugsweise bei den Investitionsausgaben gemacht werden.

In der Geldpolitik ist das entscheidende Signal mit der Verkündung eines Geldmengenziels für das Jahr 1981 gesetzt worden. Der Zeitpunkt war früh genug, um dieses wichtige Orientierungsdatum bei den finanz- und lohnpolitischen Entscheidungen berücksichtigen zu können. Im übrigen aber sind viele Vorbehalte anzumelden. Eine Spanne von 4 bis 7 % ist als Orientierungsmarke viel zu groß. Mit dem Hinweis, die tatsächliche Ausweitung der Geldmenge werde auch von der laufenden Konjunktur- und Preisentwicklung, der Zahlungsbilanz und dem Wechselkurs der D-Mark abhängig gemacht werden, ist die Marge in vollem Umfang offengehalten. Orientierungswert hat unter diesen Umständen nur ihre Verschiebung gegenüber der diesjährigen um einen Prozentpunkt nach unten. Damit hat die Bundesbank deutlich gemacht, daß sie ihre Politik auf weitere Stabilisierungsfortschritte ausrichtet. Ansonsten ist es fraglich, ob in einer Situation wie der des Jahres 1981 wirklich ein Anstieg der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu erwarten ist, wie es die Bundesbank glaubt. Sie hat dafür ebenso wie 1980 einen Abschlag bei der Bemessung des Zuwachses der Geldmenge um einen Prozentpunkt vorgenommen.

Aus der Konjunkturprognose, die einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit impliziert, und der wirtschaftspolitischen Grundlinie ergeben sich für die Lohnpolitik enge Begrenzungen. Bei Nullwachstum gibt es keinen Spielraum für eine Zunahme der Realeinkommen. Die Lohnerhöhungen dürfen demnach nur dem Preisanstieg entsprechen. Der wird von der Nachfrageschwäche und von der Geldpolitik eng begrenzt. Vier Prozent Anstieg der Lebenshaltungspreise im Jahresdurchschnitt sind unter diesen Umständen eine realistische Schätzung, die freilich ihrerseits die Vorstellung mäßiger Lohnabschlüsse enthält. Gewiß könnte sich die Preisprognose als zu niedrig erweisen, wenn der Ölpreis stärker anzieht. Doch diese Unsicherheit kann kein Grund sein, vorsorglich eine höhere Inflationsrate in die Lohnerhöhungen einzukalkulieren, denn dieser Teil wäre nicht kompensationsfähig; er würde den Ölländern zufließen.

Die Tarifparteien sind in unserem Lande frei, das Ausmaß der Lohnerhöhungen auszuhandeln. Sie können also die Grenzen überschreiten, die von den Grunddaten der Wirtschaftsentwicklung gesetzt sind. Sie müssen sich allerdings über die Konsequenzen klar sein. Steigender Lohndruck bedeutet sowohl kurz- wie mittelfristig weniger Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitslosigkeit.